

„Zielkonflikte? - Warum wir den Flächenverbrauch sofort stoppen müssen“

BUND-Vortrag am 9. März, 20 Uhr, im „Wartesaal“, Besigheim, Weinstraße 11

Beiträge Sabine Kumkar, BV Stromberg-Neckartal

1. zum Thema

1.0 Auftakt

Vor 175 Jahren, im geschichtsträchtigen Jahr 1848, wurde die Bahnstrecke von Bietigheim nach Heilbronn und auch das Bahnhofsgebäude in Besigheim eröffnet. Bis dahin war die Bebauung der Stadt Besigheim auf den historischen Stadtkern zwischen Enz und Neckar begrenzt. Westlich der Enz gab es „nur“ Äcker, Wiesen, Obstbau.

Folie 2: Auf der Karte von 1870 (Quelle: Geschichte der Stadt Besigheim, 2003) hat sich daran bis auf die von der Bahn genutzten Flächen und ein paar wenige Gebäude noch nicht viel geändert.

1.1 „Fläche“

Die im Thema des Abends verwendeten Begriffe sind in mehrfacher Hinsicht irreführend. Das Wort „Fläche“ suggeriert, dass es sich nur um die von oben sichtbare zweidimensionale Oberfläche handelt. Das Rauf und Runter ist vielleicht noch mit einbezogen, bestenfalls noch das, was oben drüber oder drum herum zu sehen ist. Außer Acht gelassen wird bei diesem Begriff in der Regel alles, was unter der Oberfläche vorhanden ist, einschließlich dessen, was dort jeweils lebt und arbeitet:

- verschiedene Erdbodenschichten mit ihren jeweiligen Qualitäten und Eigenschaften,
- das darunterliegende Gestein (nicht nur für Wengerters eine wichtige Frage),
- wasserführende Schichten usw. usw.

1.3 „Flächenverbrauch“

Auch dieses ist ein irreführender bzw. falscher Begriff: Fläche wird ja nicht verbraucht, die Erde wird nicht kleiner. Gemeint ist eigentlich eine Umwandlung im Sinne der vorherigen Eigenschaften und ihrer Funktion, welcher der Boden an dem jeweiligen Ort „beraubt“ wird.

Daher wird auch oft von Flächenmissbrauch oder Flächenfraß geredet. Ich selbst bezeichne das aber eher als „Boden-Fraß“.

1.4 Erde als Organismus

Wie bei jedem anderen Organismus muss man die Erde als ein Ganzes betrachten, wo alles mit allem zusammenhängt. Der Boden selbst ist innerhalb dieses Ganzen ein eigener Organismus - so wie z.B. auch im menschlichen Körper verschiedene Teilorganismen zusammenwirken und aufeinander angewiesen sind.

Alles, was in der Erde, auf der Erde, über der Erde (Atmosphäre) lebt, gehört zum Gesamtorganismus der Erde. Auch das Licht der Sonne gehört letztlich dazu, ohne das es kein Leben auf der Erde gäbe.

Dieses ganze Zusammenspiel ist unsere Lebensgrundlage. Und der Boden ist ein wesentlicher Bestandteil davon. Er gibt uns Nahrung, Wasser, Kleidung, Schutz (Baumaterial ...) und hat im Zusammenspiel des Ganzen Einfluss auf unsere Atemluft, das Klima, auf Ruhe und Erholung, auf unser ganzes Befinden.

Boden, der einmal versiegelt wurde, kann über Jahrhunderte (bis Jahrtausende) seine ursprünglichen Qualitäten nicht mehr zurückgewinnen. Durch Verdichtung, Fremd- und Schadstoffe etc. geht der lebendige Bodenaufbau verloren.

1.5 „Zielkonflikte?“

Dieses Wort haben nicht wir erfunden. Es wird vielmehr immer wieder von Behörden und Verwaltungen benutzt, um z.B. aufzuzeigen, warum – wieder einmal – nicht dem doch angeblich eigentlich gewollten Flächenerhalt der Vorrang gegeben werden könne.

Dazu zwei gleichlautende Zitate (Folie 3) aus der Abwägungstabelle, S. 267/8 zu einer Stellungnahme zum Flächennutzungsplan (FNP) 2020 – 2035 des Gemeindeverwaltungsverbandes GVV) Besigheim:

„Die Nachfrage nach Wohnraum in den Städten und Gemeinden im Großraum Stuttgart ist nach wie vor sehr hoch, wodurch ein gewisser Zielkonflikt entsteht. Zum einen besteht das Ziel darin, den zukünftigen Flächenverbrauch ... zu reduzieren, ...“ (S. 267/268).

Auch in der Antwort vom 23.09.2022 auf eine Anfrage einer Bürgerin zum Vorgehen wegen der beantragten Umwandlung einer Grünfläche für ein Gewerbe in den Benzäckern (Mundelsheim) geht es darum, „... ob der bislang entgegenstehende Zielkonflikt ausgeräumt werden kann ...“.

Aus meinen bisherigen Ausführungen und auch den noch folgenden Beiträgen ergibt sich, jedenfalls für uns, dass die Frage nach den Zielkonflikten so nicht mehr gestellt werden darf (sondern ganz andere Sachverhalte betrifft, worauf ich später zurückkomme)!

Auf keinen Fall bestreiten wir aber die Notwendigkeit, dass allen Menschen ein Recht auf angemessenen und menschenwürdigen Wohnraum zugestanden werden muss! Auch ist es unbestritten, dass Gewerbebetriebe entsprechende Möglichkeiten für ihre Arbeit benötigen und dass es ausreichend Schulen und entsprechende andere Einrichtungen geben muss usw. Aber es gibt sehr unterschiedliche Möglichkeiten, diese Ziele zu erreichen. Wir sollten jetzt endlich jene wählen, die im Einklang mit den Ressourcen stehen, die uns diese unsere Erde bietet, und diese nicht weiter wie bisher ausbeuten – letztendlich zu unserem eigenen Schaden.

2. Zahlen, Fakten, Pläne

2.2 Bundesebene

Folie 4 zeigt eine Grafik des Statistischen Bundesamtes vom 28.02. diesen Jahres (2023). Dort ist dargestellt, dass die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Bund über viele Jahre rückläufig war, aber in den letzten Jahren erneut ansteigt.

Zu beachten ist, dass diese Grafik eine Art Falle, eine Optische Irreführung sein kann: Es geht hier nicht um die absolut „verbrauchte“ Fläche, sondern nur um die Ab- und Zunahme des weiteren Flächenverbrauchs! Nicht die verbaute Fläche nimmt ab, diese nimmt nur langsamer zu als früher!

2.3 Baden-Württemberg, Region und Landkreis Ludwigsburg

Im „Erneuerungsvertrag“ (= Koalitionsvereinbarung) der jetzigen Grün-Schwarzen Landesregierung wurde als „ambitioniertes Sparziel“ zu Papier gebracht, in Zukunft täglich nicht mehr als 2,5 ha pro Tag neu zu verbauen, bis 2035 wird eine „Netto-Null“ angestrebt. Was kann eine solche Formulierung bedeuten? Soll das heißen, dass nicht mehr neue Fläche zugebaut werden soll als wieder „entsiegelt“ wird??? Entsiegelung ist natürlich gut, kann aber, wie vorhin dargelegt, kein bisschen Wiedergutmachung für neue Versiegelung sein. Versiegelung und Entsiegelung dürfen nicht gegeneinander aufgerechnet werden!

Trotz dieser vielleicht hehren Ziele: Die Realität spricht eine völlig andere Sprache: nach einigen Jahren der Abnahme des Zuwachses an verbauter Fläche steigt auch in BW dieser im Jahr 2021 wieder an auf 6,24 ha/Tag (2019: 4,8 ha, 2020: 5,4 ha).

Wer kann sich vorstellen, wie groß so eine Fläche im Gelände ist? - 6,24 ha entsprechen ungefähr einem Quadrat von 250 mal 250 Meter. Die Bahnhofstraße in Besigheim, von der ehemaligen Post bis runter zur Enzbrücke, das sind ca. 250 Meter, und das im Quadrat wären dann etwa diese 6,24 ha, die in BW im Schnitt jeden Tag 2021 verbaut wurden! - Hochgerechnet auf die ganze Gemarkung der Stadt Besigheim (einschließl. Ottmarsheim): Diese hat eine Fläche von 1.683 ha. Eine Fläche in dieser Größe wäre 2021 demnach in 270 Tagen verbaut, „verbraucht“!!! Das ist ein Dreivierteljahr!

Übrigens: in Bezug auf die von Landesregierung genannten „Ziele“ wäre es sehr viel angebrachter, von „Zielkonflikten“ zu sprechen, aber hier mit „!“ und nicht mit „?“! Wenn unser Herr Ministerpräsident, ehemals „Grüner“, die Erschließung von neuen Gewerbeflächen zur Chefsache macht, dann ist es kein Wunder, dass diese Ziel nicht erreicht werden können. Papier ist eben geduldig, - aber wir dürfen das nicht mehr sein!

Während in „The Länd“ ungefähr 14,8 % der Fläche als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt werden, sind es in der dicht besiedelten Region Stuttgart bereits 22,8 % und im Landkreis Ludwigsburg inzwischen 25 %, ein Viertel der Fläche! - Im Jahr 2000 waren es noch 22,4 %.

2.4 Flächennutzungsplan 2020 – 2035 des GVV Besigheim

In den inzwischen nur noch 12 nächsten Jahren wollen sich die im GVV vertretenen Kommunen (Besigheim, Freudental, Gemmingheim, Hessigheim, Mundelsheim und Walheim) weitere ca. 100 ha zur Bebauung genehmigen lassen, das entspricht einer Gesamtfläche von 1 km²!

In den von mir in den Folien 5 und 6 zusammengestellten Wünschen der einzelnen Kommunen ist besonders auffallend:

- Gemmingheim will noch einmal knapp 12 ha freie Flächen mit Wohnen und Gewerbe zugestanden bekommen, obwohl dort doch gerade erst das riesige Gelände der ehemaligen Papierfabrik überbaut wurde.

- Löchgau hat in den letzten Jahren gewaltige Flächen mit Gewerbe und Wohnungsbau erschlossen. Jetzt will diese Gemeinde (mit knapp der Hälfte der Einwohnerzahl im Vergleich zu Besigheim) noch einmal weitere nahezu 20 ha verbauen!

- Für Mundelsheim fällt v.a. das geplante Gewerbegebiet auf den Benzäckern ins Gewicht mit 20,1 ha, mitten in einem noch bestehenden Grünzug!

- Besigheim (mit Ottmarsheim) plant weitere Versiegelung von wertvollen Ackerböden für Wohnen und teilweise auch für Gewerbe von insgesamt gut 27 ha!

2.5 Wohnen in Besigheim (Kernort, ohne Ottmarsheim)

Ich erinnere zunächst an die anfangs gezeigte Karte von 1870 (Folie 1). Wie wir auf den folgenden Karten (www.LEO-BW.de/Kartenvergleich) sehen können, hat sich die Situation nach fast genau 100 Jahren gründlich verändert. Besonders in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg sind viele neue Baugebiete entstanden, nicht zuletzt, um den vielen Flüchtlinge und Vertriebenen eine Bleibe zu geben.

Auf der linken Seite der ersten Karte (Folie 7) sehen wir die Entwicklung im Bereich Schäuber /Löchgauer Feld im westlichen Besigheim, wie sie sich im Jahr 1968 darstellt. Auf der rechten Seite dasselbe Gebiet im aktuellen Zustand. Eine rasante Zunahme an bebauten Flächen innerhalb weiterer ca. 55 Jahre! Auf der nächsten Karte (Folie 8) ist der entsprechende Vergleich im östlichen Besigheim mit den Baugebieten hauptsächlich im Bülzen und im Schimmelfeld zu erkennen. (Nicht sichtbar ist der Bereich der Wartturmsiedlung weiter südlich davon, die ab den 60er Jahren entstand.)

Schauen wir jetzt auf die Planungen im Zusammenhang mit dem FNP 2020 – 2035 (Folie 9), so sehen wir, dass diese Entwicklung besonders im östlichen Teil immer noch munter weitergehen soll. Markiert sind drei größere Flächen als mögliche neue Baugebiete: am „Wasen“ (wo im Moment die Flüchtlings-Wohnheime sind) für Gewerbe und dann die zwei Flächen „Erweiterung Schimmelfeld“ und „Erweiterung Seiten“ für Wohnen.

Diese Flächen werden bisher (bis auf den Teil-Bereich der Wohnheime) landwirtschaftlich von überwiegend Haupterwerbsbetrieben genutzt. Als besonders schwerwiegend stellt sich für mich die Situation im Bereich der neu geplanten Wohngebiete dar. Daher möchte ich beispielhaft darauf etwas näher eingehen:

Die ab den 60er Jahren ins Schimmelfeld ausgelagerten Aussiedlerhöfe haben absoluten Bestandschutz. Daher darf dieser Bereich nicht überplant werden (wie ursprünglich sogar vorgesehen!). Die Betriebe dort verlören aber nicht nur noch mehr Flächen, wodurch sie in ihre Existenz immer stärker gefährdet sind. Sie würden durch eine Bebauung „Erweiterung Schimmelfeld“ und „Seiten“ zudem von ihren noch übrig bleibenden Äckern nahezu abgeschnitten, da den Landwirten weniger Feldwege zur Verfügung stünden. Diese würden, wie häufig auch heute schon, außerdem von Anwohnern für Freizeit und als Wegverbindung mitgenutzt. Weiter verstärkte Konflikte sind da doch geradezu vorprogrammiert.

Für uns alle hätte das die gravierende Folge, dass schon wieder Böden, noch dazu als sehr hochwertig eingestufte, für die regionale Lebensmittelerzeugung verloren gehen würden!

Wie aus dem Umweltbericht zum FNP hervorgeht, würden zudem Freiräume für Freibrüter und Reptilien verringert und Flächen für ein „Landschaftsbild mit teils hoher Wertigkeit“ wegfallen. Es wären offenbrütende Arten, betroffen und zurückgedrängt, insbesondere Lerchen.

Beide Bereiche, wie auch die für Gewerbe vorgesehene Fläche „Wasen“, liegen in einem Gebiet, das der Kaltluftproduktion und -sammlung dient. Eine Bebauung wäre also für das Kleinklima in der Stadt alles andere als vorteilhaft!

(3. Vortrag Matthias Böhringer, OV Eppingen)

4. Warum wir den Flächenverbrauch sofort stoppen müssen

4.1 Zusammenfassung der bisher erwähnten Auswirkungen von Flächen- bzw. Bodenfraß

- Der Verlust weiterer Ackerflächen macht uns abhängiger von Importen von Lebensmitteln aus anderen Regionen, Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gehen verloren.
- Ein weiterer Rückgang der Artenvielfalt ist vorprogrammiert.
- weitere zugebaute Flächen erzeugen Klima-Veränderungen vor Ort, aber oft auch weit darüber hinaus. Auswirkungen des Klimawandels werden verstärkt. Es drohen weitere Verschärfungen in Bezug auf Hitzewellen und extremen Wetterereignissen wie Stürme, Starregen etc.
- Der Wasserhaushalt im betroffenen Gebiet kann gestört werden, durch die Baumaßnahmen selbst, aber auch durch veränderte klimatische Bedingungen (Unwettergefahren, Trockenheit ...)
- Auch auf unsere Gesundheit (und die aller Lebewesen!) haben weitere Baugebiete Auswirkungen: Stichworte sind z.B.: Zunahme des Verkehrslärms, höhere Temperaturen, Dauerbelastung durch mehr Enge und weniger Erholungsflächen ...

- Auch unter der Oberfläche ist mit Auswirkungen zu rechnen, insbesondere bei Tiefbauarbeiten wie Keller und Tunnel, aber auch schon allein durch Verdichtung und Umschichtung des Bodens. So kann es zu Veränderungen in den wasserführenden Schichten kommen mit entsprechendem Einfluss auf den Wasserhaushalt. Änderungen der Druckverhältnisse im Erdboden und im Gestein können geologische Auswirkungen nach sich ziehen. Bei tiefer liegenden Bauwerken (v.a. Tunnel) kann es zu unbeabsichtigten Reaktionen zwischen Wasser und Gesteinen kommen (Anhydrid!), während in den oberen Schichten die Lebensbereiche etlicher Tierarten betroffen sind, ebenso Wurzelgeflechte und Pilzgeflechte.

4.2 Weitere Folge- und Wechselwirkungen von zusätzlichen Baulandflächen

- Vermehrte Verkehrsbelastungen ziehen häufig weitere Straßen nach sich, wodurch weiterer Boden verloren geht, ebenso für zusätzlich nötigen ÖPNV und andere entsprechende Infrastrukturmaßnahmen.
- neue Gewerbegebiete bringen neue Arbeitsplätze mit sich, was bei dem immer wieder beklagten Fachkräftemangel zu weiterem Zuzug führen kann. Das erhöht den „Wohndruck“ und kann zusätzlichen Wohnungsbau nach sich ziehen.
- Andersherum können neue Wohnquartiere den Wunsch nach weiteren Arbeitsplätzen auslösen und damit weitere Gewerbeflächen „rechtfertigen“ – jedenfalls jeweils innerhalb der bisherigen landläufigen Denkweise ...
- Für die benötigten (mineralischen) Baustoffe gehen weitere bisher offene Flächen in (oder außerhalb) der Region verloren (Tagebau).
- Mehr Menschen benötigen größere Schulen, mehr Kitas und soziale Einrichtungen und sonstige Infrastruktur wie Sportplätze, Spielplätze, kulturelle Einrichtungen ...

5. Ein Blick auf überregionale und globale Auswirkungen

- Innerhalb Deutschlands und innerhalb Europas gibt es teilweise völlig unterschiedliche Verhältnisse. Während es bei uns - wie in einigen anderen Regionen - immer dichter und enger wird, werden andere Regionen immer leerer. Das verstärkt u.a. den Bodenverlust hier, führt zu brachliegenden Wohn- und Gewerbeflächen samt der dazugehörigen Infrastruktur andernorts.

- Der fortschreitende Verlust an Ackerflächen in unserer dichtbesiedelten Regionen führt dazu, dass wir „unsere“ Äcker zum Teil sozusagen verlagern in andere Länder und Kontinente, v.a. in Länder des globalen Südens. Was wir hier nicht (mehr) anbauen können, verleitet häufig großindustrielle

Landwirtschaft u.a. zu Rodungen im Urwald Südamerikas. Oft werden dafür Kleinbauern vertrieben, mit all den daraus entstehenden katastrophalen sozialen Folgen. Diese Menschen müssen dann quasi „für uns“ hungern, bzw. für die Profite der entsprechenden Konzerne! - Diese Art der Landnutzung kann daneben auch großräumig zu weitreichenden klimatischen Veränderungen führen, die z.B. in Brasilien in Form einer zunehmenden Wasserknappheit in den großen Städten inzwischen immer stärker wahrnehmbar wird.

- Nicht unbeachtet bleiben sollen auch mögliche Auswirkungen durch Ökozertifikat-Handel und durch Tricks im Zusammenhang mit der sog. klimaneutralen Produktion. Es gibt Konzerne, die z.B. in Südamerika Eukalyptus-Plantagen für die Papierindustrie anlegen und dies dann, für einen angeblichen CO₂-Ausgleich, als „Aufforstung“ deklarieren. Auch hiervon sind immer wieder Kleinbauern betroffen, die ihr Land und damit ihre Existenzgrundlage verlieren. Durch solche Monokulturen werden außerdem die Böden extrem ausgelaugt und gehen für weitere landwirtschaftliche Nutzung verloren.

6. Zum Abschluss

Wir wollten heute aufzeigen,

- was in Bezug auf weitere Flächenumwandlungen hier und anderswo geschah und noch geschieht,
- welche Aus- und Wechselwirkungen das mit sich bringt,
- was in diesem Zusammenhang getan wird – oder eben auch nicht,
- und wie dabei eins mit dem anderen zusammenhängt.

Auf andere Fragen konnten wir heute weniger eingehen: Woran liegt es, dass sich oft trotz besseren Wissens so wenig am bisherigen Vorgehen ändert? Was sind die Hintergründe dafür? - Dazu bräuchte es mindestens einen weiteren Abend, an dem es dann z.B. um Themen wie das vielerorts immer noch vorherrschende Wachstums- und Wettbewerbsdenken gehen müsste, - nach dem Motto: „Wenn nicht wir, dann tun es andere!“ - Jeder will schließlich vorne dran sein ... Auch die Struktur der kommunalen Finanzen, die Abhängigkeit von der Gewerbesteuer und vieles andere mehr spielen eine Rolle.

Eines wird dabei aber auf alle Fälle für mich immer klarer: Der Erhalt unserer Lebensgrundlagen kann keinesfalls im Gegeneinander, sondern wird nur in einem wachsenden Miteinander gelingen! Wir müssen einsehen, dass unsere Erde und ihre Ressourcen endlich sind. Dass zwar manches nachwachsen kann, die Erde selbst aber sicher nicht!

Manche sind schon seit etlichen Jahren sehr kreativ unterwegs, bessere Lösungen zu finden (1). Aber jetzt sind wir alle aufgerufen, neue Konzepte zu entwickeln, - und dann auch entsprechend zu handeln! Auch wenn genau das – wie es schon der alte Goethe wusste - eher unbequem sein wird:

„Handeln ist einfach, Denken schwer;
nach dem Gedachten handeln unbequem

aus: „Lehrbrief“ in „Wilhelm Meisters Wanderjahre“

Nicht zu bequem machen dürfen wir es uns also, wenn wir eine lebenswerte Zukunft auch unseren Kindern und Enkeln noch weitergeben wollen! Aber v.a. und zuallererst dürfen wir es denjenigen nicht bequem machen, die in der Politik bisher immer noch zu wenig bereit sind, nach wirklich „innovativen“ Lösungen zu suchen und diese dann auch zu beschreiten!

1 Gedanken im Zusammenhang mit der Wohnraumproblematik s. Pressemitteilung im Anhang

Anhang

BUND Presseservice
20. März 2023

Vortrag beim BUND-Kreisverband Ludwigsburg:
„Keine neuen Einfamilienhäuser mehr“

Ludwigsburg. Auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbands des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zeigte Stefan Flaig, Experte für Siedlungsplanung, dass die Wohnungsnot nur durch bezahlbare Mietwohnungen bekämpft werden könne, nicht durch die in den Kreiskommunen ganz überwiegend gebauten Ein- und Zweifamilienhäuser. Sozialwohnungen in ausreichender Zahl müssten jedoch im Bestand und nicht auf der Grünen Wiese gebaut werden.

Jedes Neubaugebiet werde derzeit mit der Wohnungsnot begründet, erklärte Flaig in seiner beruflichen Funktion als Experte für Kommunalplanung. „Wir haben aber keinen Mangel an Wohnungen und Häusern insgesamt, sondern ein Problem mit den hohen Mietpreisen.“ Laut Pestel-Institut gebe es mehr als 30.000 einkommensarme Haushalte im Landkreis, doch gebaut würden fast überall nur Ein- und Zweifamilienhäuser zum Kauf. „Damit die Wohnungsnot zu bekämpfen, ist so falsch, wie den Spitzensteuersatz zu senken, um Geringverdiener zu entlasten“, kritisiert Flaig, der gleichzeitig BUND-Kreisvorsitzender ist.

Hinzu käme der demografische Wandel: Durch die Überalterung der Gesellschaft gebe es mittlerweile im Gebäudebestand weit mehr Einfamilienhäuser mit allein lebenden Senioren als junge, vermögende Familien, die diese später einmal kaufen könnten. Tatsächlich stünden in den Kommunen bereits heute schon viele Einfamilienhäuser leer, würden aber von den Erben weder vermietet noch verkauft. „Mein Büro Ökonsult hat in zahlreichen Kommunen, auch im Ballungsraum Stuttgart, festgestellt, dass bei allen rund 5 Prozent aller Wohngebäude leer stehen. Das wären im Landkreis über 5.600 Wohngebäude, vermutlich alles Einfamilienhäuser.“

Ein riesiges Potenzial für alle vermögenden jungen Familien. Doch leider käme es nicht auf den Markt. „Hier müssen die Kommunen stärker aktiv werden und beispielsweise das Zweckentfremdungsverbot der Landesregierung einsetzen“, fordert Flaig. Gleichzeitig gelte es, mehr altengerechten Wohnraum für die Senioren bereitzustellen, damit diese in ihrem gewohnten Umfeld länger selbstbestimmt leben können. Das hohe Mietpreisniveau könne laut Flaig nur mit dem Bau von zahlreichen Sozialwohnungen im Bestand nachhaltig gesenkt werden, und zwar solchen, die z.B. durch Erbpacht auch als solche erhalten bleiben.

Stefan Flaig, Stefan.flraig@bund.net, Tel.: 0711/255 196 56